

Medienmitteilung

Ahlemer Asphaltstollen: Betroffenen Bürger*innen muss jetzt wirklich von der Stadtverwaltung geholfen werden!

Zur Berichterstattung der HAZ und NP vom 05.05.2022 zur kurzfristigen Räumung eines betroffenen Hauses in Hannover-Ahlem.

„Den betroffenen Bürger*innen muss jetzt wirklich geholfen werden. Es wird wohl nicht bei diesem Einzelfall bleiben, sondern noch mehr Anwohner*innen während der Gefahrenbeseitigung anderweitig untergebracht werden müssen. Eine kurzfristige Unterbringung in Hotels wird in Anbetracht des zu erwartenden Zeitfensters zur vollständigen Verfüllung der Asphaltgruben nicht ausreichen. Es sollten daher nicht kurzfristig nur Hotelzimmer, sondern Wohnungen für die betroffenen Ahlemer*innen von Seiten der Stadtverwaltung bereitgestellt werden“, so die zuständige Bezirksratsfrau Julia Grammel (DIE LINKE).

„Es müssen jetzt hinreichende Erkundungsbohrungen vollzogen werden, so dass sichergestellt werden kann, dass die Menschen in der Gefahrenzone während der Verfüllung nicht in Gefahr sind, oder temporär anderweitig untergebracht werden müssen. Die Stadtverwaltung muss jetzt schnell handeln, es ist Gefahr in Verzug. Bereits 2013 war die Problematik bekannt, wenn auch nicht das genaue Ausmaß. So wurde abgewartet bis zum Herbst letzten Jahres. Die Kostenfrage ist jetzt sekundär, es geht jetzt primär um die Sicherheit der Bürger*innen. Dass diese finanziell nicht belastet werden, sondern die Kosten

auf das Land, die Stadt, die Region und auf die Continental AG verteilt werden, versteht sich von selbst“, so der Baupolitiker und Fraktionsvorsitzende Dirk Machentanz (DIE LINKE).

Für Rückfragen:

Dirk Machentanz:

0176/47030561

Julia Grammel:

0176/89104450